

Beiträge zur Reformdiskussion  
im Deutschen Gewerkschaftsbund  
und seinen Gewerkschaften  
Hrsg. von Heinz-Werner Meyer

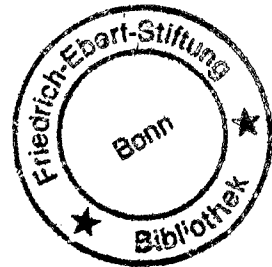
Band 1  
Aufbrüche – Anstöße

Heinz-Werner Meyer (Hrsg.)

# Aufbrüche – Anstöße

Mit Beiträgen von

Heinz-Werner Meyer, Michael Vester,  
Wolfgang Ullmann, Helga Grebing,  
Friedhelm Hengsbach, Michael Schneider,  
Stephen J. Silvia/Andrei S. Markovits  
und dem Hattinger Kreis



Bund-Verlag

A 94 - 01763

# Inhalt

<i>Heinz-Werner Meyer</i> Gewerkschaften an der Schwelle zum 21. Jahrhundert	7
<i>Michael Vester</i> Solidarität im Spagat. Umbrüche und sozialer Wandel in Ost- und Westdeutschland	26
<i>Wolfgang Ullmann</i> Die demokratische und soziale Verantwortung der Gewerkschaften	59
<i>Helga Grebing</i> Zur Kontinuität programmatischer Debatten in den Gewerkschaften	71
<i>Friedhelm Hengsbach</i> Anfragen wegen der Leitfragen	88
<i>Michael Schneider</i> Magisches Viereck gewerkschaftlicher Ziele	103
<i>Stephen J. Silvia/Andrei S. Markovits</i> Plädoyer für eine Konzentration auf das Wesentliche	117
<i>Hattinger Kreis</i> Diskurs statt Programm	132

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

## **Aufbrüche – Anstöße /**

Heinz-Werner Meyer (Hrsg.).  
Mit Beitr. von Heinz-Werner Meyer ... –  
Köln: Bund-Verl., 1994  
(Beiträge zur Reformdiskussion  
im Deutschen Gewerkschaftsbund  
und seinen Gewerkschaften; Bd. 1)  
ISBN 3-7663-2538-8  
NE: Meyer, Heinz-Werner [Hrsg.]; GT

© 1994 by Bund-Verlag GmbH, Köln  
Lektorat: Hans-Josef Legrand  
Redaktion: Stephan Hegger  
Herstellung: Heinz Biermann  
Umschlag: Roberto Patelli, Köln  
Druckvorstufe: Satzbetrieb Schäper GmbH, Bonn  
Druck: Wagner, Nördlingen  
Printed in Germany 1994  
ISBN 3-7663-2538-8

Alle Rechte vorbehalten,  
insbesondere die  
des öffentlichen Vortrags,  
der Rundfunksendung und der Fernsehausstrahlung,  
der fotomechanischen Wiedergabe,  
auch einzelner Teile.

Michael Schneider

## **Magisches Viereck gewerkschaftlicher Ziele**

Immer wieder haben die Gewerkschaften in ihrer langen Geschichte die Erfahrung gemacht, daß programmatische Grundsatzaussagen überaus rasch von der Wirklichkeit eingeholt worden sind. Das gilt etwa für das Wirtschaftsdemokratieprogramm der Freien Gewerkschaften aus dem Jahre 1928 und auch für die »Wirtschaftspolitischen Grundsätze« des DGB-Gründungskongresses 1949. War es im ersten Fall die wirtschaftliche und politische Katastrophe der dreißiger Jahre, die den optimistischen Programmerwartungen den Boden entzog, so waren es in den fünfziger Jahren »Wirtschaftswunder« und »Kalter Krieg«, die die Plan- und Gemeinwirtschaftsvorstellungen der »Grundsätze« überrollten. Die Abhängigkeit gewerkschaftlicher Programmaussagen von einer oftmals kurzschlüssigen Analyse der jeweils aktuellen Lage sowie von zeitgebundenen Erwartungen hinsichtlich der weiteren wirtschaftlichen und politischen Entwicklung ließe sich auch beim Düsseldorfer Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1963 nachweisen, das von der Gewißheit geprägt war, konjunkturelle Schwankungen durch entsprechende staatliche Gegensteuerung ausgleichen zu können; die Krise der siebziger/achtziger Jahre erzwang bald ein Umdenken. Schließlich war auch dem Grundsatzprogramm von 1981 ein ähnliches Schicksal beschieden.

### **Zum Grundsatzprogramm 1981**

Das 1981 verabschiedete Grundsatzprogramm des DGB leistete ohne Zweifel einen wichtigen Beitrag zur Neu-

orientierung der gewerkschaftlichen Politik unter den Herausforderungen von Umweltkrise und Rüstungswettlauf sowie vor allem unter den – 1963 gerade überwunden bzw. steuerbar geglaubten – Bedingungen von Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit. Erstmals wurden Fragen der Vollbeschäftigungspolitik, der Stellung der Gewerkschaften im und zum Sozialstaat des Grundgesetzes, des Einsatzes neuer Technologien und des Umweltschutzes konkret in einem gewerkschaftlichen Grundsatzprogramm angesprochen. Traditionelle Forderungen – wie das Recht auf Arbeit, Humanisierung der Arbeitswelt, gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung, Kontrolle wirtschaftlicher Macht und die Bildungspolitik – behielten ihren Rang als zentrale Themen der gewerkschaftlichen Programmatik.

Das Grundsatzprogramm versuchte also der Tatsache Rechnung zu tragen, daß sich das Konfliktfeld durch eine Reihe neuer Probleme, die nur sehr vermittelt auf den Interessengegensatz von Kapital und Arbeit zurückzuführen sind, deutlich verschoben hatte. Damit war es wegweisend für den Reformprozeß der Gewerkschaftsarbeit. Die »Wende« 1989/90 und die verschärften wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu Beginn der neunziger Jahre haben indessen Fragen aufgeworfen, auf die das Gewerkschaftsprogramm aus dem Jahre 1981 keine Antworten gibt oder geben kann.

Neben den Veränderungen der äußeren Bedingungen gewerkschaftlicher Politik, deren Dramatik in der nun eingetretenen Form 1981 gewiß nicht vorhersehbar war, sind jedoch auch immanente Probleme des Programms nicht zu übersehen: Es war nicht gelungen, die Forderungen hinsichtlich der unterschiedlichen Problembereiche in ein geschlossenes Konzept zu integrieren. Dieser Mangel konnte auch von dem im September 1988 publizierten Aktionsprogramm, in dem Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und eine Aktivierung der Umweltpolitik gefordert wurden, nicht vollständig behoben werden.

## Defizite der Programmumsetzung

Die Ambivalenzen der Programmatik spiegeln Probleme der gewerkschaftlichen Politik. Das gilt insbesondere für den Bereich der Umweltpolitik, deren Notwendigkeit der DGB zwar bereits im März 1985 mit dem Programm »Umweltschutz und qualitatives Wachstum« betont hat, deren praktische Realisierung einzelnen Gewerkschaften jedoch etwa in den Organisationsbereichen der Energiewirtschaft und der Chemie-Industrie deutliche Schwierigkeiten bereitet. Die programmatischen Positionen des DGB wurden und werden weder von allen Einzelgewerkschaften geteilt noch in die gewerkschaftliche Politik umgesetzt. Gerade die Widersprüche zwischen Programm und praktischer Politik haben wesentlich zu den Glaubwürdigkeitsverlusten der Gewerkschaften insgesamt beigetragen.

Die Kluft zwischen programmatischen Zielsetzungen, Gegenwartsforderungen und politischen Realisierungsansätzen zeigt sich im übrigen nicht nur bei umweltpolitischen Themen. Bekenntnisse zur Solidarität zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen, zwischen Ost- und Westdeutschen, zwischen entwickelten Industriestaaten und Ländern der »Dritten Welt« sowie Bekenntnisse zur Gleichberechtigung von Mann und Frau – sie alle stoßen, wenn es um die praktische Umsetzung geht, auf Widerstand nicht nur von interessenpolitischen Gegnern außerhalb, sondern oftmals auch innerhalb der Gewerkschaften. Es sind also weniger Defizite der Programmatik als Schwächen der praktisch-politischen Umsetzung, die die gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit beschädigen.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen dienen die folgenden Überlegungen zunächst dazu, die (bekannte) Fülle der höchst unterschiedlichen Herausforderungen, vor denen die Gewerkschaften heute stehen, zu benennen, um daraus Anregungen zur programmatischen Bündelung der aus dieser Problemvielfalt erwachsenden Zielkonkurrenz zu gewinnen.

## Aktuelle Herausforderungen

Die Schwierigkeiten einer glaubwürdigen Programmrealisierung wurden und werden nicht zuletzt dadurch verschärft, daß sich der Problemhorizont in den letzten Jahren dramatisch verändert hat: Was ist neu an der heutigen Situation? Wie sehen die Herausforderungen aus, auf die das Gewerkschaftsprogramm Antworten geben muß?

- Neu ist, daß das kontinuierliche wirtschaftliche Wachstum vor allem der Industrie, auf dem die gewerkschaftlichen Erfolge der Vergangenheit weitestgehend aufbauten, angesichts der rasant voranschreitenden Umweltzerstörung nicht mehr in der bisher bekannten Form wünschbar sein kann und sein darf. Eine umweltschonende bzw. -verträgliche Produktions- und Lebensweise ist das unabwiesbare Gebot der Stunde. Trotz der umweltpolitischen Grundsatzaussagen galten und gelten einige Gewerkschaften vielfach als Teilhaber eines Wachstumskartells und damit als Mittäter der Umweltzerstörung. Glaubwürdigkeit sowie Erklärungs- und Lösungskompetenz der Gewerkschaften für die Probleme der Umwelt werden demgemäß oftmals gering geachtet.
- Neu sind natürlich die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme, die der deutsche Einigungsprozeß aufwirft. Angesichts der dramatischen Zuspitzung der Lage in den neuen Bundesländern haben traditionelle gewerkschaftliche Schutzfunktionen sowie Forderungen nach Verteilungsgerechtigkeit erneut höchste Priorität erhalten – eine Position, die zudem durch strukturelle und konjunkturelle Rückschläge in den alten Bundesländern noch gefestigt wird; das hat die Notwendigkeit eines industriepolitischen Umsteuerns vielfach in den Hintergrund treten lassen, was mittel- und langfristig zu einer Verstärkung der inneren Widersprüchlichkeit der gewerkschaftlichen Politik beiträgt.
- Neu sind die Probleme, die durch die Auflösung der kommunistischen Systeme in Osteuropa und durch die damit verbundenen Wanderungsbewegungen aufgeworfen

werden; diese Probleme haben die Erkenntnis bestärkt, daß zu den gewerkschaftlichen Aufgaben auch das Engagement für die Verwirklichung der Grundprinzipien eines menschenwürdigen Lebens in anderen Ländern der Erde gehört. Die Fragen der Arbeitsteilung und des Handelns mit den Ländern Osteuropas und der »Dritten Welt« stehen auf der Tagesordnung der nationalen und der internationalen Gewerkschaftspolitik.

- Daß eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas und der »Dritten Welt«, daß überdies die wirtschaftliche Dynamik insbesondere des asiatischen Raums auch Folgen für den »Standort Deutschland« hat, ist erst in letzter Zeit deutlicher ins öffentliche Bewußtsein getreten. Die in Zeiten der Rezession verschärften Probleme weltweiter wirtschaftlicher Konkurrenz wirken sich direkt auf die Entwicklung des Sozialstaates aus. Allenthalben ist davon die Rede, bei der Suche nach Möglichkeiten der Kostenersparnis auf keine (sozialen) Tabus Rücksicht nehmen zu können, womit Pläne für einen Arbeitsplatzabbau, zur Arbeitszeitverlängerung, Lohnsenkung, Kürzung von Arbeitslosen- und Sozialhilfeausgaben usw. gemeint sind. Die Verfechter marktwirtschaftlicher Prinzipien, die immer neue »heilige Kühe« des Sozialstaats als schlachtreif deklarieren, sind indessen überaus erfolgreich dabei, ihre eigenen Ziele – freies Unternehmertum, Privatisierung, »schlanke Produktion«, Kostenentlastung der Unternehmen, Umverteilung von unten nach oben – zu Tabus zu erklären, an denen nicht gerüttelt werden dürfe; damit haben sie – begünstigt von der wirtschaftlichen Situation und vom Zusammenbruch der Zentralverwaltungswirtschaftssysteme – eine Verschiebung des Konflikt- und Kompromißfeldes durchgesetzt, durch die die Gewerkschaften in die Defensive gedrängt wurden: Es geht nicht mehr um den Ausbau des Sozialstaats und die Verbesserung des Lebensstandards breiter Kreise der Arbeitnehmerschaft, sondern allenfalls um Sicherung, eher jedoch um Abmilderung von Verschlechterungen der sozialen Situation.

- Insbesondere der wirtschaftliche Wandel entzieht den Gewerkschaften den Kern ihrer sozialen Basis: Die industrielle Facharbeiterschaft, das frühere Rückgrat der Organisationen schrumpft. Bei Angestellten und »modernen« Arbeitnehmern Fuß zu fassen, fällt indessen den Gewerkschaften schwer; die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften entspricht der Arbeitnehmerstruktur der fünfziger Jahre – nicht der der Gegenwart.
- Neu ist aber auch das selbstbewußte Pochen breiter Arbeitnehmerschichten auf die Individualität des jeweils eigenen Lebensentwurfs; das gilt insbesondere für die Vielfalt der Lebensentwürfe von Frauen. Mit dem Vormarsch neuer Produktions-, Büro- und Kommunikationssysteme gehen Veränderungen von Arbeitswelt und Arbeitnehmerbewußtsein einher, deren Tragweite für die Artikulation und Vertretung von Arbeitnehmerinteressen noch kaum zu erahnen ist. An den Tendenzen zur Individualisierung der Arbeitnehmer in Arbeitswelt und Freizeit prallen kollektive Interpretationsmuster der Konfliktlagen – etwa zwischen Kapital und Arbeit – ab. Die Gewerkschaften müssen diese Wünsche nach individueller Lebensgestaltung ernst nehmen; das sollte ihnen gelingen, zumal sie mit ihrem Eintreten für höhere Lebensqualität und soziale Sicherheit selbst die Voraussetzungen mitgeschaffen haben, die dieses neue Selbstbewußtsein weiter Kreise der Arbeitnehmer stützen. Dieses Selbstbewußtsein – nicht nur das der Facharbeiter, sondern das aller Erwerbstätigen – gilt es zu bejahen.
- Im Zuge des Wertewandels sind von bestimmten Schichten der Arbeitnehmerschaft Ziele materieller Lageverbesserung zugunsten neuer Wertvorstellungen zurückgestuft worden. Diese Arbeitnehmer stellen mit ihrem alternativen Ansatz eine grundsätzliche Herausforderung gewerkschaftlicher Politik dar, so daß die Gewerkschaften von höchst unterschiedlichen Erwartungen zerrissen zu werden drohen. Da sind zum einen die »traditionellen« Arbeiter/Arbeitnehmer, die sich in Zeiten von Massenarbeitslosigkeit und Preissteigerung auf den Kernbereich

- der materiellen Lebensstandardsicherung konzentrieren. Da ist zum zweiten die heterogene Schicht der an individuellen Aufstiegszielen orientierten »modernen« Arbeitnehmer von Wachstumsbranchen oder -berufen des Dienstleistungs- oder EDV-Bereichs, die glauben, ihre wirtschaftlichen Interessen besser auf eigene Faust wahrnehmen zu können. Und schließlich sind da drittens die vielfach akademisch ausgebildeten, in zahlreiche Gruppierungen aufgespaltenen Anhänger einer alternativen Arbeits- und Lebenskultur. Und diese Konfliktlinien werden überdies überlagert von Geschlechterfragen, von den durch die deutsche Vereinigung aufgeworfenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Problemen und durch die in den letzten Jahren grassierende Politikverdrossenheit. Angesichts derartig widersprüchlicher Erwartungen eine Politik zu formulieren, die geschlossen ist, ähnelt der Quadratur des Kreises – zumal Anhänger aller drei Positionen in allen Gewerkschaften zu finden sind, wenn auch in einem jeweils unterschiedlichen »Mischungsverhältnis« in den einzelnen Gewerkschaften.
- Überdies ist in den letzten Jahren die Idee der Organisation, wie sie die Gewerkschaften verkörpern, ins Gerede gekommen. Das, was jahrzehntelang zur geschlossenen Machtentfaltung angestrebt wurde, gilt heute vielfach als Mittel der Disziplinierung ursprünglicher Spontaneität. Zentralistische Bürokratie, anonyme Apparate und basisfeindliche Politik sind nur einige der Schlagworte, mit denen die Gewerkschaften seit den siebziger Jahren oftmals bedacht wurden. Erschwerend kommt in den letzten Jahren hinzu, daß auch das Scheitern des »real existierenden Sozialismus« den Gewerkschaften des DGB, die sich immer als Gegner dieses Systems verstanden haben, einen Teil der Legitimationsbasis entzogen hat: Vorbehalte gegen die Zwangsorganisation des FDGB einerseits, Negativassoziationen zu Kernbegriffen der gewerkschaftlichen Programmatik andererseits haben die Gewerkschaften mit dem Odium von Diktatur und Erfolglosigkeit überzogen. Nicht übersehen sei, daß auch

das Scheitern der Gemeinwirtschaft und die geringe Bereitschaft zur selbstkritischen Aufarbeitung gewerkschaftlicher Fehler und Versäumnisse zu den Einbußen an Glaubwürdigkeit und wirtschaftspolitischer Kompetenzzuschreibung beigetragen haben.

- Eine neue Qualität hat die europäische Zusammenarbeit mit der Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes und mit den Verträgen von Maastricht gewonnen. Die Auswirkungen auf die Lebenssituation der Arbeitnehmer und auf die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften sind heute kaum absehbar. Die Ansätze zu einem abgestimmten oder gar geschlossenen Vorgehen der europäischen Gewerkschaften sind noch nicht ausreichend entwickelt, um mit der Politik international operierender Konzerne wie zentraler Bürokratien Schritt zu halten.
- Neu ist schließlich, daß sich das Engagement für die Menschenrechte – auch bezogen auf Deutschland – nicht mehr nur auf Sicherung und Ausbau der demokratischen und sozialen Grundrechte, sondern konkret auf das Eintreten für die Rechte von ausländischen Arbeitnehmern und Asylsuchenden sowie auf die Abwehr von Ausländerfeindlichkeit beziehen muß.

Es handelt sich also um eine Vielzahl von Veränderungen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art, die – so unterschiedlich sie auch in Struktur und Reichweite sind – insgesamt eine schlichte Fortführung der gewerkschaftlichen Politik auf den traditionellen Bahnen verbieten.

## Zielkonkurrenz

Die Anerkennung von unterschiedlichen Lebensmustern und Interessen innerhalb der Arbeitnehmerschaft und die Berücksichtigung von neuen Zielperspektiven bedeutet nicht, daß die Gewerkschaften eine umfassende Gesellschaftsordnungsvorstellung aufgeben müßten. Allerdings sollten, angesichts der Problemvielfalt und der Offenheit sozialer Wandlungsprozesse, die Zielvorstellungen selbst stärker

ker hinterfragt werden. Angesichts der weltweiten Probleme besteht kein Anlaß, die gewerkschaftlichen Grundprinzipien sozialer Gerechtigkeit, menschlicher Solidarität, freiheitlicher Demokratie und internationaler Zusammenarbeit über Bord zu werfen. Denn der relative Bedeutungschwund der Industriearbeit bedeutet nicht das Ende der Erwerbsarbeit; auch ist die marktwirtschaftliche Ordnung durch die Auflösung des »real existierenden Sozialismus« nicht gerechter, humaner und umweltschonender geworden. Mit anderen Worten: Die »traditionellen« Aufgabengebiete der Gewerkschaften sind nach wie vor hochaktuell, und neue Probleme sind hinzugekommen.

Das neue Grundsatzprogramm sollte also stärker als das aus dem Jahre 1981 eine Verknüpfung der »traditionellen« gewerkschaftlichen Schutz- und Gestaltungsaufgaben mit Anforderungen der Umweltpolitik und dem Ziel einer fairen West-Ost- und Nord-Süd-Wirtschaftspartnerschaft leisten. Die Erweiterung des gewerkschaftlichen Zielkatalogs, in dem Forderungen nach Verbesserung des Lebensstandards breiter Bevölkerungskreise in Deutschland auf der Basis von (qualitativem) Wachstum und Arbeitsplatzsicherheit, sowie nach Ausbau und Sicherung des demokratischen Rechtsstaats neben Vorstellungen von umweltschonender und umweltverträglicher Produktion und den Bekenntnissen zu internationaler Solidarität stehen sollten, birgt indessen die Gefahr einer Verschleierung der realen gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten durch Formelkompromisse. Die sich im jeweils konkreten Entscheidungsfall stellenden Probleme einer Prioritätensetzung sollten deshalb im Grundsatzprogramm thematisiert werden, ohne den grundsätzlichen Vorrang eines Ziels festzuschreiben.

Bei der Beratung des Grundsatzprogramms sollte also bedacht werden, daß nicht primär ein Defizit der Programmatik, sondern die Nichtübereinstimmung von programmatischen Zielen und Politik die Glaubwürdigkeitsprobleme der Gewerkschaften heraufbeschworen hat. Einige Beispiele sollen das illustrieren: Ob und inwieweit die Gefahr einer Selbstblockade durch Formelkompromisse mit den Beschlüs-

sen des DGB-Kongresses 1986 in Hamburg zum Ausstieg aus der Kernenergie vermieden wurde, wird sich bald in konkreten Entscheidungssituationen herausstellen, wenn Regierungen einzelner Länder (oder des Bundes) ernsthafte Anstrengungen in diese Richtung unternehmen, ohne daß eine ausreichende Zahl von Ersatzarbeitsplätzen garantiert werden kann. Eine ähnliche Problemlage zeigt sich bei der Güterabwägung zwischen möglicher Arbeitsplatzgefährdung bzw. Arbeitsplatzverlust einerseits und dem Ziel des Abbaus der Rüstungswirtschaft bzw. der Reduzierung der Truppenstärke andererseits; auch hier sehen sich die Gewerkschaften einem Dilemma gegenüber, auf das sie von der Struktur ihres Forderungskatalogs her nicht vorbereitet sind, zumal erfolgreiche Abrüstungsschritte bis Ende der achtziger Jahre völlig außerhalb des Erwartungshorizonts zu liegen schienen. Auf die Herausforderung durch die Debatte um den »Standort Deutschland« wurde bereits hingewiesen.

Ausgehend von der Erfahrung, daß konkrete gewerkschaftspolitische Entscheidungen nicht immer in Übereinstimmung mit programmatisch verkündeten Zielorientierungen zu bringen waren, sollten die Ziel- und Wertkonkurrenzen im neuen Grundsatzprogramm also offen angesprochen werden; eine Konkretisierung der einzelnen Programmpunkte bliebe dann themenbezogenen Aktionsprogrammen vorbehalten, die jedoch in ihren Grundannahmen und Zielvorstellungen mit den Vorgaben des Grundsatzprogramms vereinbar sein müssen. Die Ausarbeitung des neuen Grundsatzprogramms wird, so ist zu hoffen, nicht abgehoben sein von den Überlegungen zu Realisierungswegen und -chancen, würde doch sonst die Kluft zwischen gewerkschaftlicher Programmatik und Politik nur einmal mehr deutlich.

Nun ist es ja keineswegs so, als würde die Vielzahl der Probleme – von den Gefährdungen der Demokratie über die Krise der Umwelt bis zu den Schwierigkeiten der Friedenssicherung – im Grundsatzprogramm von 1981 ausgespart. Es fehlen jedoch Ansätze zur systematischen Verknüpfung der

einzelnen Forderungen und Zielvorstellungen, die damals – jede für sich sinnvoll – nebeneinandergestellt wurden, so als erwachsen daraus keine Realisierungsprobleme.

### Verknüpfung gewerkschaftlicher Grundziele

Ausgangspunkt der folgenden Überlegungen ist die Erkenntnis, daß sich die Gewerkschaften heute nicht mehr nur (primär) als Vertretung der wirtschaftlichen, sozialen, politischen sowie kulturellen Interessen der Arbeitnehmer und nicht nur als Integrationsfaktor der Demokratie verstehen dürfen, sondern daß sie die Interessen der Arbeitnehmer breiter definieren müssen; das bedeutet zum einen, die Gewerkschaften müssen in ihrer Politik die Konsequenzen nationalen Handelns für die weltweite Umwelt und für die Entwicklung der Lebensverhältnisse speziell in Osteuropa und in den Ländern der »Dritten Welt« ebenso wie die Rückwirkungen weltweiter politischer und wirtschaftlicher Veränderungen auf die Situation in Deutschland mitbedenken. Damit die daraus entstehende Aufgabenvielfalt nicht zu einer letztlich auf Vollständigkeit angelegten und demgemäß unübersichtlichen Aneinanderreihung unterschiedlicher Gewerkschaftsforderungen führt, ist zum anderen eine Bündelung der einzelnen Problemkomplexe zu Grundzielen zu erwägen.

Ich schlage vor, daß die Gewerkschaften ihre Einzelforderungen auf vier Grundziele hin bündeln, die zusammen ein »magisches Viereck« bilden, in dem die Lebensinteressen der Arbeitnehmer in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und zugleich Konkurrenz bzw. Widersprüchlichkeit deutlich benannt werden. Diese vier Grundziele gewerkschaftlicher Programmatik und Politik sind:

- die Schaffung und Sicherung eines hohen Lebensstandards (Vollbeschäftigung, gerechte Einkommensverteilung, Krisen- und Alterssicherung);
- die Verwirklichung einer freiheitlichen Demokratie (politi-



sche und soziale Grundrechte und Grundfreiheiten, gesellschaftliche Demokratisierung, Mitbestimmung);

- der Schutz der natürlichen Lebensumwelt (gesetzliche Auflagen, Umsteuern zu einer umweltschonenden Produktions- und Lebensweise) sowie
- ein fairer internationaler Interessenausgleich, der auch den Menschen in den Ländern Osteuropas und der »Dritten Welt« die Voraussetzungen eines menschenwürdigen Lebens bietet (neue Welthandelsordnung, Abbau von Schutzzöllen).

Ein solches »magisches Viereck« hätte folgende Vorzüge: Eine Nennung der Zielvielfalt gewerkschaftlicher Politik geht von der prinzipiellen Offenheit der weiteren sozioökonomischen Entwicklung aus und legt demgemäß keine aus heutiger Sicht geprägte Rangordnung der Grundziele fest, so daß das Programm nicht so rasch veraltet. Außerdem wird die gegenseitige Bedingtheit der Ziele betont, ohne daß eine für jeden Einzelfall gültige Festlegung der Entscheidung erfolgt. Erst die Summe einer Reihe von Einzelentscheidungen ließe erkennen, ob und inwieweit die Anforderungen des Vierecks insgesamt erfüllt oder verletzt werden.

Der Nachweis der inneren Abhängigkeit der unterschiedlichen Zielvorstellungen kann überdies einen Beitrag zur Überwindung der programmatisch-politischen Defensiv-Position der Gewerkschaften leisten. Denn im Rahmen des »magischen Vierecks« kann nicht nur deutlich werden, daß zugunsten der Verwirklichung eines Ziels Abstriche bei einem oder mehreren anderen gemacht werden müssen, vielmehr zeigt sich, daß kein Ziel ohne gleichzeitiges Bemühen um die anderen auf Dauer erreicht werden kann. Das heißt etwa:

- nur gesicherte Lebensverhältnisse bieten die Voraussetzung für den sozialen Frieden und für die Weiterentwicklung des sozialen und demokratischen Rechtsstaats;
- insbesondere umweltverträgliche Produktionsweisen und Produkte sind zukunftssichere Exportartikel;

- nur umweltverträgliche Arbeitsplätze sind auf Dauer sichere Arbeitsplätze;
- ein weltweiter Interessenausgleich ist eine Voraussetzung für stabile Arbeits- und Lebensverhältnisse in Deutschland;
- nur auf der Basis von gesicherten Arbeits- und Lebensverhältnissen im Rahmen einer freiheitlichen Demokratie wird eine Politik des fairen internationalen Interessenausgleichs Zustimmung und damit Realisierungsmöglichkeiten finden;
- nur eine stabile freiheitliche Demokratie bietet die Voraussetzung für eine angemessene Interessenvertretung zugunsten der Arbeitnehmer;
- nur eine faire internationale Wirtschaftszusammenarbeit bietet die Voraussetzungen für die Verbesserung der Lebensverhältnisse z. B. in den Ländern Osteuropas und der »Dritten Welt« und damit für die Sicherung des Friedens.

Die Liste der Interdependenzen ließe sich fortsetzen; sie macht deutlich, daß ein derartiger Programmzugriff einerseits die weltweite Problemvernetzung widerspiegeln kann, andererseits aber noch offen genug ist, nicht für jeden denkbaren Einzelfall bereits eine konkrete Handlungsanweisung zu geben. Dies kann auch nicht Aufgabe eines Grundsatzprogramms sein, das ohnehin die Gefahr einer allzugroßen Detailversessenheit vermeiden muß. Dies würde zudem nicht nur der Verbreitung, sondern auch der Lebensdauer des Programms zugute kommen.

### **Kämpferischer Reformismus – ohne Selbstüberschätzung**

Zum Schluß muß allerdings vor einer Selbstüberschätzung gewarnt werden: Die Gewerkschaften können – selbst wenn sie stärker als bisher auf europäischer und weltweiter Ebene zusammenarbeiten – nicht alleine die (Über-)Lebensprobleme dieser Welt lösen. Dies im Programm zu erwäh-

nen, wäre nicht nur ein Beitrag zur rationalen Selbsteinschätzung der eigenen Einflußmöglichkeiten, sondern eine Voraussetzung für die Rückgewinnung von Glaubwürdigkeit; denn es wäre fatal, wenn die Gewerkschaften durch ihre programmatischen Aussagen Erwartungen weckten, von denen nach jahrelanger Erfahrung klar sein muß, daß sie vorerst nicht zu erfüllen sind.

Außerdem müßte deutlich werden, daß auch eine Gewerkschaftspolitik des kämpferischen Reformismus auf die Zusammenarbeit mit den Organisationen konkurrierender und zum Teil gegnerischer gesellschaftlicher Interessen und mit unterschiedlichen Regierungen angewiesen ist. Die offenbar intendierte gesellschaftliche Breite der jetzt beginnenden Programmdiskussion, an deren Ende die unabhängige Entscheidung eines Kongresses der Gewerkschaften stehen wird, ist von daher zu begrüßen.

Die Gewerkschaften müssen sich bewußt sein, daß sie nur ein Teil eines komplexen nationalen Gesamtsystems sind, in dem sie praktisch-politische Wirksamkeit überdies eher indirekt entfalten können: Im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie beschränkt sich gewerkschaftliche Politik jenseits des tarifpolitischen Bereichs auf den Versuch der Beeinflussung politischer Parteien und/oder auf die Mobilisierung gesellschaftlicher Mehrheiten. Ohne Zweifel wecken die Gewerkschaften zu hohe Erwartungen, wenn sie – zudem sich selbst damit überfordernd – vorgeben, die Entwicklung einer nationalen Gesellschaft allein maßgeblich prägen oder umgestalten zu können; dies gilt um so mehr in einer zunehmend miteinander verflochtenen Weltgesellschaft. Anerkennung der Berechtigung auch anderer Interessen als Voraussetzung einer freiheitlich-pluralistischen Kultur kann Gewerkschaften vor dieser Selbstüberschätzung bewahren, ist dieser Zugriff doch prinzipiell dazu geeignet, bei aller inhaltlichen Konfrontations- und Konfliktbereitschaft Konsens- und Kompromißmöglichkeiten auszuloten und im Interesse der Arbeitnehmerschaft auch wahrzunehmen.